

Mehr Geld für Prämienverbilligungen

Die SP möchte mit ihrer Prämienentlastungsinitiative, dass niemand mehr über 10 Prozent des Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss. Der Nationalrat lehnt die Initiative ab, hat aber einem Gegenvorschlag zugestimmt, mit dem auch die SP leben kann.

Reto Zanetti

BERN. **Mattea Meyer**, die Co-Präsidentin der SP, spricht von einem Problem: «Für unzählige Familien und Einzelpersonen mit ganz normalen Löhnen stellen die Krankenkassenprämien eine zunehmende Belastung dar.» Diese werde wegen des Prämienchocks nächstes Jahr weiter wachsen. Meyers Sorge ist begründet. Zum einen geht der Internetvergleichsdienst **Comparis** von einem 5-Prozent-Wachstum der Grundversicherungsprämien nächstes Jahr aus. Vielen Versicherten drohe eine Prämien-erhöhung um sogar über 10 Prozent.

Zum anderen berichtete «Schuldenberatung Schweiz» gerade gestern, wie es um die Haushalte steht. Eine Erkenntnis des Dachverbands der Schuldenberatungsstellen lautet: Schulden häufen sich in 65 Prozent der Fälle bei Krankenkassenprämien an. Öfter kommen nur Steuerschulden vor.

Rund die Hälfte der Menschen, welche die Schuldenberatung aufsuchen, verdient weniger als 4300 Franken im Monat. In diesem Lohnsegment fallen die Krankenkassenprämien besonders ins Gewicht – im Schnitt mit über einem Sechstel des Einkommens. Dagegen möchten Meyer und die SP etwas unternehmen. Niemand soll mehr als 10 Prozent seines verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämie ausgeben müssen, fordern die Sozialdemokraten mit ihrer Prämienentlastungsinitiative.

Damit das gelingt, soll ein Anspruch auf Prämienverbilligung in der Verfassung verankert werden. Der Bundesrat schätzt die Mehrkosten der Initiative im Jahr 2030 auf total zwischen 7 und 12 Milliarden Franken. Freilich würde die Bevölkerung vom Prämienwachstum entlastet. Doch da die Gesundheitskosten voraussichtlich rascher als die Löhne steigen, werden längerfristig fast alle Versicherten mehr als 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkasse aufwenden. Somit würden auch alle ausser die Spitzenverdiener Prämienverbilligungen beziehen. Ohne zusätzliche Steuereinnahmen sei das nicht finanzierbar, so die Landesregierung.

Sie lehnt die SP-Initiative ab und hat einen Gegenvorschlag entworfen. Demnach sollen alle Kantone einen Mindestanteil beisteuern, aber in der Abrechnung weder Verlustscheine noch Ergänzungsleistungen einbeziehen. Für



Die Krankenkassenprämien steigen stetig, wie Gesundheitsminister Alain Berset weiss.

BILD KEY

die öffentliche Hand bringt der Gegenvorschlag 2,2 Milliarden Franken Zusatzkosten.

Gegenvorschlag setzt sich durch

Gestern und am Mittwoch hat der Nationalrat über Initiative und Gegenvorschlag debattiert. Barbara Gysi (SP/SG) fand die Kopfprämien, wie sie heute zu bezahlen sind, unsozial. «Unabhängig davon, ob man Reinigungsfachfrau, Verkäufer, Kassierin, Handwerker oder Bankdirektorin ist – alle werden mit den

gleich hohen Prämien belastet, obschon die Löhne unterschiedlich hoch sind.» Die Volksinitiative ihrer Partei gehe dieses Kostenverteilungsproblem an.

Andreas Glarner, der für die SVP politisiert, erklärte: «Weder die Initiative noch der untaugliche Gegenvorschlag werden, ausser gigantischen Mehrkosten – vor allem für die Kantone –, nichts bringen.» Wer wirklich etwas für die Kostensenkung beitragen möchte, solle helfen, «den unsäglichen Vertragszwang zu beseitigen, den Parallelim-

«Der griffige Gegenvorschlag nimmt viele wichtige Elemente unserer Initiative auf.»

Flavia Wasserfallen
SP-Nationalrätin

port von Medikamenten und Hilfsmitteln zu erlauben und die Zulassung von Medikamenten und Produkten zu vereinfachen».

Gesundheitspolitikerin Ruth Humbel (Mitte/AG) hielt die Initiative für «zu extrem» und befürwortete den Gegenvorschlag. Dieser sei zwar eine teure Lösung, weshalb er es im Ständerat schwer haben dürfte. Dennoch sei er sachgerecht, weil er «eine klare Trennung von Ergänzungsleistung und Prämienverbilligung bringt und dadurch zusätzliche Mittel freistellt, damit auch mittelständische Haushalte in bescheidenen Verhältnissen in den Genuss von Prämienverbilligungen kommen können.»

Sie würden ein wichtiges Anliegen aufgreifen, attestierte Regine Sauter (FDP/ZH) den Initianten. Allerdings betrieben diese bloss «Pflasterlipolitik». Sauter ortete ein Gesinnungsproblem: «Kostentreibend wirkt vor allem der stetige Ausbau der Leistungen, also noch ein Arztbesuch, eine Zweitmeinung und weitere Laboruntersuchungen. Darüber scheint man sich in der Bevölkerung allerdings wenig Gedanken zu machen.» Denn die eigene Kostenbeteiligung sei nur moderat.

Sollte man nicht viel mehr wirklich daran arbeiten, die Gesundheitskosten einzudämmen, wollte schliesslich Verena Herzog von Bundesrat Alain Berset wissen. Dieser antwortete: «Ja, es ist schon klar, dass diese Initiative einfach nichts bringt, um die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich zu bremsen.» Die Regierung habe allerdings bereits zwei Kostendämpfungspakete geschnürt und damit etwas bewegt.

«Unterstützen Sie die Initiative und auch den Gegenentwurf», appellierte die Schaffhauser Nationalrätin Martina Munz (SP). Mit der Prämienentlastungsinitiative, aber auch mit dem Gegenentwurf könne die Prämienlast für alle Bevölkerungsschichten erträglich gestaltet werden, was auch die Kaufkraft stütze.

SP ist zufrieden

In der Gesamtabstimmung nahm der Nationalrat den Gegenentwurf an und sprach sich gegen die Initiative aus. Nun wird sich der Ständerat damit befassen. Dieser dürfe den Gegenvorschlag nicht verwässern. Denn: «Der griffige Gegenvorschlag nimmt viele wichtige Elemente unserer Initiative auf», sagt Flavia Wasserfallen.

Das Potenzial der Unterbeschäftigten

Über sieben Prozent aller Teilzeitangestellten möchten gerne mehr arbeiten. Doch sie müssen verzichten. Was läuft da schief?

Chiara Stäheli

Da ist die 50-jährige Frau, die an eineinhalb Tagen in der Woche in einer Arztpraxis arbeitet. Sie würde gerne mehr arbeiten. Doch rein steuerteknisch macht das keinen Sinn. Sie lässt es auf Anraten ihres Mannes also bleiben. Oder da ist die junge Frau, alleinerziehende Mutter zweier Kinder. Auch sie würde gerne mehr als nur einen Tag pro Woche arbeiten. Doch weil die Kitakosten teurer sind als das, was sie mit der zusätzlichen Arbeit verdienen würde, verzichtet sie auf ein höheres Pensum. Und da ist der ältere Herr, seit knapp zwei Jahren pensioniert. Er fühlt sich fit und möchte nicht nur einen, sondern zwei bis drei Tage die Woche arbeiten.

370 000 Menschen sind betroffen

Sie alle wären potenzielle Arbeitskräfte. Und sie alle verzichten aus ver-

schiedenen Gründen darauf, ihr Pensum zu erhöhen. Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) gibt es – Stand 2020 – in der Schweiz über 370 000 sogenannte Unterbeschäftigte, das sind mehr als sieben Prozent aller Teilzeitbeschäftigten.

Gemäss Definition des Bundes zählen zur Gruppe der Unterbeschäftigten alle erwerbstätigen Personen, die «normalerweise eine kürzere Arbeitszeit als 90 Prozent der betriebsüblichen Arbeitszeit aufweisen und die mehr arbeiten möchten». Zudem erfüllen sie das Kriterium, wonach sie innerhalb von drei Monaten für eine Arbeit mit erhöhtem Pensum verfügbar wären.

Den Grossteil der Unterbeschäftigten machen mit über 70 Prozent die Frauen aus. Deutlich am stärksten betroffen sind Mütter zwischen 40 und 54 Jahren. Ein Blick zurück zeigt: Sowohl absolut als auch prozentual steigt die Zahl jener Teilzeitbeschäftigten, die gerne mehr arbeiten würden, seit Messbeginn 2004 stark an.

Die hohe Unterbeschäftigung mutet angesichts des seit Jahren beklagten Fachkräftemangels und der vielen offenen Stellen merkwürdig an, lässt sich

allerdings mit bestehenden Rahmenbedingungen zumindest ansatzweise erklären.

«Unfreiwillig unterbeschäftigt»

So betont die Berner GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy, dass viele «unfreiwillig unterbeschäftigt» seien. «Wenn Eltern mit kleinen Kindern ihr Pensum erhöhen, das zusätzliche Gehalt aber gleich wieder für die Kita-



«Steuerliche Fehlanreize für doppelverdienende Ehepaare sind zu beseitigen.»

Kathrin Bertschy
GLP-Nationalrätin

kosten ausgeben muss, dann weist das System gravierende Mängel auf.» Bertschy findet es denn auch «grotesk, dass der Staat und die Politik nach wie vor das Familienmodell der Nachkriegszeit, statt Erwerbstätigkeit fördert». Dieses hindere gewillte Frauen daran, ihrer Berufung nachzugehen und bevorzugt systematisch das besser verdienende, männliche Geschlecht.

Bei den Pensionären sind die Gründe ebenfalls finanzieller Natur: Die über 65-Jährigen sind laut Simon Wey, Chefökonom des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, oft nur in tiefen Arbeitspensum aktiv, dies unter anderem, «weil sie ab einem gewissen Freibetrag wieder Beiträge in die AHV, die IV und die EO einzahlen müssen».

Doch: Wie gelingt es, das inländische Potenzial an Arbeitskräften auszuschnüpfen? Was muss sich ändern? GLP-Nationalrätin Bertschy nennt mehrere Ansatzpunkte, wie das «brachliegende Potenzial» besser genutzt werden könnte: Einerseits seien weitere Massnahmen nötig, um Familie und Arbeit besser unter einen Hut bringen zu können. Dazu zählt beispielsweise der Ausbau und die Vergünstigung von

Krippenplätzen und Tagesschulen. Andererseits gelte es, «steuerliche Fehlanreize für doppelverdienende Ehepaare» zu beseitigen. Sie hofft, dass das Parlament in der nächsten Legislatur «endlich die Individualbesteuerung einführt».

Das Parlament soll handeln

Auch Simon Wey sieht die Politik in der Pflicht: «Fehlende oder ungenügende gesetzliche Rahmenbedingungen können nur auf parlamentarischem Weg verbessert werden.» Klar, könnten auch Betriebe die Anstellungsbedingungen anpassen, damit eine Erhöhung des Pensums attraktiver werde. Doch an den grossen Hebeln sitze das Parlament.

Dieses ist nicht ganz untätig: Aktuell befindet sich ein Gesetzesentwurf in der Vernehmlassung, wonach sich der Bund künftig mit mehr als 500 Millionen Franken an den Kosten der Eltern beteiligen soll. Zudem sammelt die SP seit Frühling Unterschriften für ihre Kita-Initiative. In dieser fordert sie, dass Eltern höchstens 10 Prozent ihres Einkommens für die Kita-Plätze ihrer Kinder ausgeben müssen.